

Ursula Hafner-Wipf
Zentralstrasse 116
8212 Neuhausen

Kantonsrat
eingegangen: 6. August 2004/40

An den
Präsidenten
des Kantonsrates
Rathaus
8201 Schaffhausen

Schaffhausen, 4. August 2004

Interpellation 4/2004

Schwächung des öffentlichen Verkehrs durch das Sparprogramm des Bundesrates

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich bitte Sie, die folgende Interpellation auf die nächste Traktandenliste zu setzen.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 30. Juni 2004 die Planungsbeschlüsse für das Entlastungsprogramm 2004 (EP 04) verabschiedet. Bei den im Zentrum stehenden gezielten Ausgabenkürzungen trifft es vor allem auch den öffentlichen Verkehr. Zum einen möchte der Bundesrat die Abgeltungen an die Kantone abbauen, mit denen die öffentliche Hand den Betrieb von Bus- und Bahnlinien unterstützt. Vorgesehen ist eine Kürzung um 60 Millionen Franken jährlich. Dazu kommt der Wegfall der Rückerstattung der Mineralölsteuer im Umfang von 50 Millionen Franken an die öffentlichen Busunternehmen.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Auswirkungen hat dieser Bundesratsentscheid auf das kantonale Angebot im öffentlichen Verkehr (inklusive Angebote der VBSh)? Bei welchen öV-Angeboten besteht die Gefahr, dass sie eingestellt bzw. vom Kanton nicht mehr bestellt werden können? Welche Bahn- und Busstrecken sind konkret durch den Bundesratsentscheid gefährdet? Welche Angebote im weiteren Bereich des öV müssten überprüft oder reduziert werden?
2. Um wie viel müssten die kantonalen bzw. die Steuern der Stadt und von Neuhausen erhöht werden, wenn der Kanton und die Stadt zusammen mit Neuhausen diese Sparmassnahmen des Bundes vollständig kompensieren wollten? Falls die wegfallenden Bundesmittel nicht von der öffentlichen Hand, sondern von den Kundinnen und Kunden übernommen werden müssen: Um wie viel würden die Preise im öV-Angebot von Stadt und Kanton Schaffhausen deswegen erhöht?
3. Wie wird sich der Regierungsrat gegen diese Angebotskürzung bzw. Mittelverknappung durch den Bund im öV wehren?
4. Wie wird mit den Nachbarkantonen und ähnlich Betroffenen (Städte, Anbieter, Tourismus usw.) zusammengearbeitet, um diese Sparübung auf dem Buckel des öV zu verhindern?

Ursula
E. Hafner-Wipf
M. Hafner-Wipf
Hafner-Wipf